



IHK-Energiewende- Barometer 2021

Auswertung für Bayern



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

Inhalt

1. Energiewende in Bayern: Unternehmen ziehen Bilanz	4
2. Strom- und Energieversorgung: Preise nehmen wieder Fahrt auf	5
3. Trotz Krise: Bayerns Betriebe bleiben bei Energie- und Klimawende am Ball	7
4. Neue nationale CO ₂ -Bepreisung: Ein erstes Fazit aus der Wirtschaft	10
5. Außenwirkung: Unternehmen geben Impulse der Energie- und Klimapolitik weiter	12
6. CO ₂ -Footprint: Immer mehr bayerische Unternehmen ziehen Bilanz	14
7. Wasserstoff: Träger der bayerischen Energiewende?	16
8. Energie- und Klimapolitik richtig gestalten: Empfehlungen der Wirtschaft	17
8.1 Strom: Netze ausbauen, Teilnahme am Markt fördern, Preise entlasten	17
8.2 Erneuerbare Energien und Energieeffizienz: Auf Wirtschaftlichkeit und Freiwilligkeit setzen, ineffiziente Fördermechanismen abschaffen	18
8.3 Wärme und Verkehr: Auf Marktmechanismen setzen, Verpflichtungen vermeiden	19
8.4 Klimaschutz und Emissionshandel: Auf CO ₂ -Bepreisung setzen, Emissionshandel ausweiten und internationalisieren	20

Auf einen Blick

Mit dem Energiewende-Barometer stellt die IHK-Organisation jährlich die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung vor, an der sich das Ehrenamt und weitere Mitgliedsunternehmen der Organisation beteiligen. Das Barometer bildet eine Bewertung der Unternehmen zum Fortschritt der Energiewende sowie zur aktuellen Klima- und Energiepolitik ab. Die Befragung zur diesjährigen Auflage fand vom 7. bis 25. Juni 2021 statt.

Grundlage der vorliegenden Auswertung sind deutschlandweit 2.589 eingegangene Antworten, davon 361 aus Bayern (Vorjahr: 2.559; 308). Diese verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (32 %), Bau (7 %), Handel (19 %) und Dienstleistungen (42 %).


Zentrale Ergebnisse

Die Einschnitte der Corona-Krise und turbulente Entwicklungen in der Energie- und Klimapolitik stellen die Unternehmen vor große Herausforderungen. Sie blicken zunehmend mit Sorge auf die Energiewende: Knapp 30 % aller befragten bayerischen Betriebe sehen in ihr eher eine Gefahr für die eigene Wettbewerbsfähigkeit, Chancen rechnet sich nicht einmal ein Fünftel aus.


Steigende Stromkosten beklagt eine Rekordzahl von 60 % aller Unternehmen, bei den Industriebetrieben sogar rund zwei Drittel. Zudem bereiten der rasche Anstieg der CO₂-Preise und Unsicherheiten bzgl. des 2021 in Kraft getretenen Bundesemissionshandelsgesetzes Sorgen. Die überwiegende Mehrheit der betroffenen Betriebe fühlt sich durch die dort vorgesehenen Kompensationsmechanismen vor Wettbewerbsnachteilen nicht ausreichend geschützt.

Trotz erschwelter Bedingungen hält die bayerische Wirtschaft Kurs bei Energiewende und Klimaschutzmaßnahmen und ist im Deutschlandvergleich sogar häufig Vorreiter. Während bei der Energieeffizienz die größten Potentiale bereits gehoben sind, arbeiten die Unternehmen zunehmend an der Abkehr von fossiler Mobilität und Wärmeversorgung. Um Potentiale zu identifizieren und Erfolge zu dokumentieren, nutzt ein beachtlicher Anteil der Befragten bereits die eigene Treibhausgasbilanz.

Wie auch schon in den vorhergehenden Jahren sehen die Unternehmen im Bereich des Stromnetzausbaus die größten energiepolitischen Baustellen. Ähnlich stark kritisieren sie den Zugang der Nachfrager zum Strommarkt sowie die Steuern- und Abgabenlast auf den Strompreis. Grundsätzlich sprechen sich die Unternehmen deutlich dafür aus, bei Energiewende und Klimaschutz verstärkt auf Markt- und Preismechanismen zu setzen anstatt auf politische Vorgaben.



ENERGIEWENDE
Unternehmen sorgen sich zunehmend um ihre Wettbewerbsfähigkeit



PREISE
Strom- und Energiekosten steigen weiter und belasten den Wirtschaftsstandort



BETRIEBLICHE MAßNAHMEN
Abkehr von fossiler Mobilität und Wärmeversorgung wird immer beliebter



NATIONALE CO₂-BEPREISUNG
Große Mehrheit der Betriebe erachtet Entlastungen als ungenügend



CO₂-FOOTPRINTING
8% der Betriebe bilanzieren bereits auf Scope 3-Niveau, ein weiteres Fünftel hat dies vor



POLITIK
Marktbasierte, technologie-offene Instrumente sind Verboten und Pflichten vorzuziehen

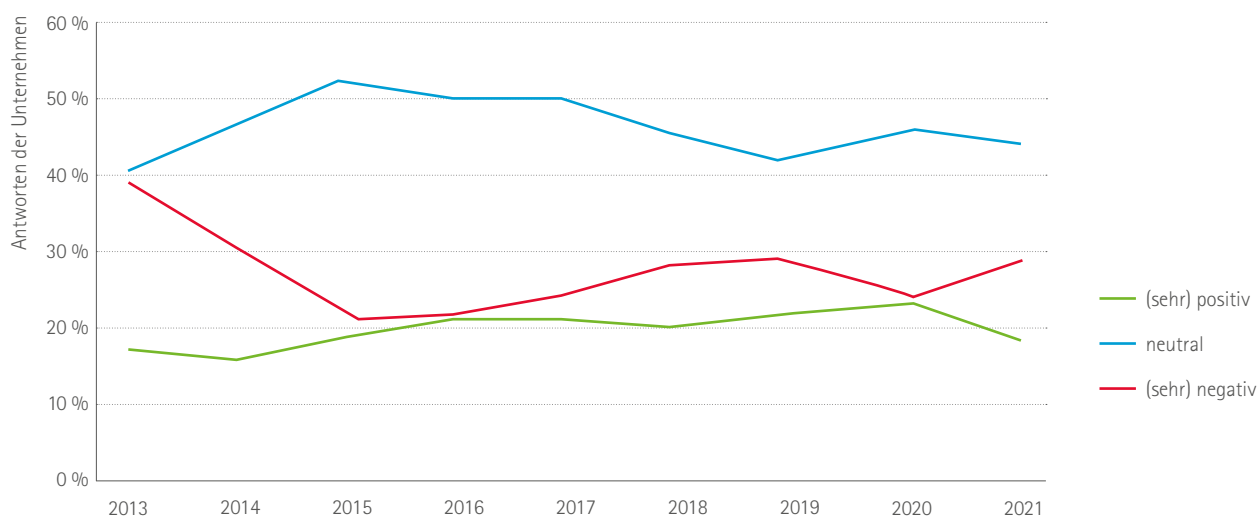
1. Energiewende in Bayern: Unternehmen ziehen Bilanz

Während die Einschnitte der Corona-Krise und die turbulenten klima- und energiepolitischen Entwicklungen sich in der letztjährigen Umfrage noch nicht spürbar auf die Einschätzungen zur Energiewende ausgewirkt hatten, ziehen Bayerns Betriebe in diesem Jahr eine wesentlich kritischere Bilanz. Zusätzliche Kosten und Auflagen im Rahmen der Energiewende trüben in Kombination mit pandemiebedingten Umsatzeinbußen und Zukunftssorgen die Stimmung:

Im Schnitt aller Branchen und Unternehmensgrößen bewerten die befragten Unternehmen 2021 die Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit mit einem negativen Barometerwert von $-7,5$ ¹. Das ist seit 2014 das pessimistischste Ergebnis (Vorjahr: $+0,6$) und die Stimmung in Bayern ist damit schlechter als im deutschen Durchschnitt ($-6,7$).

Abbildung 1 zeigt, wie die Betriebe von 2013 bis 2021 die Auswirkungen der Energiewende auf den Wettbewerb einordnen. Im Jahr 2021 sehen knapp 30 % aller befragten bayerischen Unternehmen in der Energiewende eine Gefahr für die eigene Wettbewerbsfähigkeit, das heißt sie schätzen die Auswirkungen „negativ“ oder „sehr negativ“ ein. Chancen durch die Energiewende sieht nicht einmal ein Fünftel der Befragten. Nur knapp 19 % rechnen mit „positiven“ oder „sehr positiven“ Effekten. Rund 45 % bewerten die Energiewende neutral.

Abb. 1²: Bewertung der Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Unternehmens



Die Unternehmen aller Branchen und aller Größenklassen sehen in diesem Jahr eher Risiken als Chancen in der Energiewende (jeweils negativer Barometerwert). Dennoch gibt es deutliche Unterschiede. Die Industriebetriebe machen sich am meisten Sorgen um die Auswirkungen von Energie- und Klimapolitik auf ihre Geschäftstätigkeit. Mit einem Barometerwert von $-18,2$ herrscht hier die im Branchenvergleich mit Abstand schlechteste Stimmung.

In der Industrie hängt die Wettbewerbsfähigkeit vergleichsweise stark von den energie- und klimapolitischen Entwicklungen ab, da der Anteil der Energie an der gesamten Wertschöpfung sowie Wertschöpfungskette hoch ausfällt. Ständig neue Zielwerte und unkonkrete Maßnahmen, von nationaler CO₂-Bepreisung bis EU-CO₂-Grenzausgleich, führen hier im Moment zu Verunsicherung.

¹ Der Wert beruht auf Antworten auf die Frage „Wie beurteilen Sie insgesamt die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?“, wobei die Einschätzung „sehr negativ“ mit -100 , „negativ“ mit -50 , „neutral“ mit 0 , „positiv“ mit $+50$ und „sehr positiv“ mit $+100$ in die Berechnung der durchschnittlichen Bewertung eingeht. Bei einem Durchschnittswert von 0 sind positive und negative Bewertungen ausgeglichen oder nur neutrale Bewertungen vorgenommen worden. Bei einem Wert von $+100$ hätten alle Befragten mit „sehr positiv“, bei -100 mit „sehr negativ“ geantwortet (IHK-Energiewende-Barometer 2021, DIHK-Auswertung Gesamtdeutschland).

² Alle Abbildungen in vorliegender Broschüre sind eigene Darstellungen auf Basis der Datenerhebung des IHK-Energiewende-Barometers 2021.

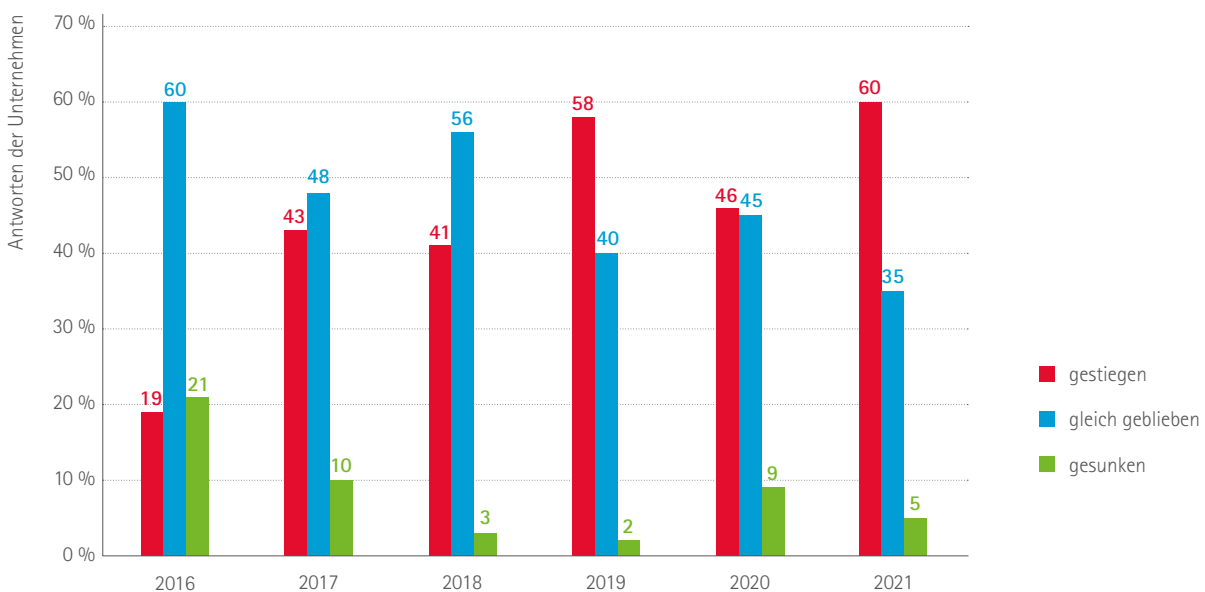
2. Strom- und Energieversorgung: Preise nehmen wieder Fahrt auf

Die Corona-Pandemie in Kombination mit sinkenden Gaspreisen und zunehmendem Ausbau erneuerbarer Energien hatte im letzten Jahr die Stromnachfrage und die Großhandelsstrompreise in Europa gedämpft.³

Um nach diesem temporären Effekt zu starke Folgewirkungen zu entschärfen, deckelte die Regierung die EEG-Umlage für 2021 und bezuschusst diese nun aus dem Bundeshaushalt bzw. aus Einnahmen des neuen Brennstoffemissionshandels. Ein Teil des letztjährigen 5 %-Anstiegs der Umlagebelastung wurde dadurch zumindest wieder ausgeglichen. Die meisten anderen im Strompreis enthaltenen Umlagen stiegen 2021 allerdings im Vergleich zum Vorjahr. In Deutschland wird der Strompreis für Endkunden erheblich von staatlich veranlassten Steuern, Abgaben und Umlagen bestimmt. Insgesamt machen sie derzeit rund die Hälfte des Gesamtpreises aus. In den vergangenen Monaten trieben zudem weitere Faktoren, wie steigende Preise für Emissionszertifikate und Brennstoffe, den Großhandelspreis und somit die Stromkosten für die Betriebe nach oben.

Dies macht sich deutlich in den Umfrageergebnissen bemerkbar. Eine Rekordzahl bayerischer Unternehmen, gut 60 % aller 2021 Befragten, beobachtete über die vergangenen 12 Monate einen Anstieg bei den Stromkosten. Bei den Industriebetrieben sind es sogar knapp zwei Drittel. Für immerhin 35 % aller Unternehmen sind die Preise gleichgeblieben, nur 5 % melden eine Preissenkung. Abb. 2 zeigt die von der bayerischen Wirtschaft ab 2016 jährlich beobachtete Strompreisentwicklung über einen Zeitraum von 12 Monaten.

Abb. 2: Beobachtete Entwicklung der Strompreise in den vorangegangenen 12 Monaten



³ EU-Kommission (2020). Energiepreise und Energiekosten in Europa. {SWD(2020) 951 final}. Download hier: https://ec.europa.eu/energy/data-analysis/energy-prices-and-costs_en

Exkurs: Wie steht es um die Sicherheit der Stromversorgung in Bayern?

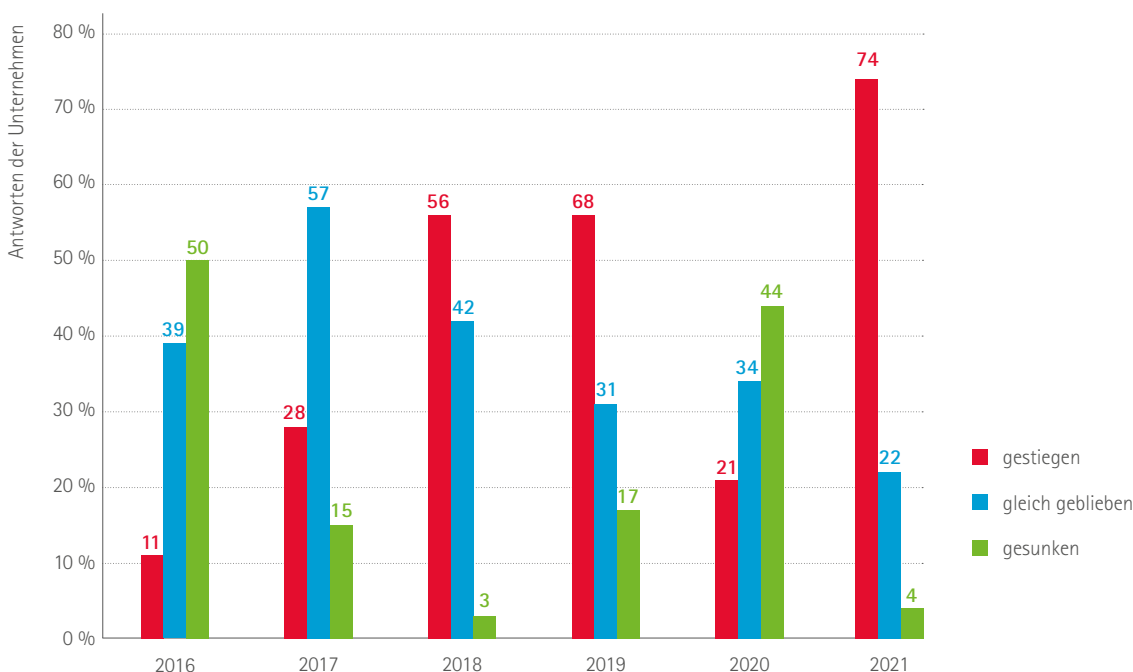
Ein Blick auf den aktuellen SAIDI (System Average Interruption Duration Index) gibt Aufschluss über die Stromversorgungssicherheit in Bayern. Er misst die jährliche Versorgungsunterbrechung im Schnitt je angeschlossenem Letztverbraucher bei Unterbrechungen von über 3 Minuten. Während der Index 2017 mit 15,58 Minuten durchschnittlicher jährlicher Unterbrechung auf einem im Zeitverlauf vergleichsweise hohen Niveau lag, betrug er 2018 noch 12,98 und 2019 lediglich 10,82 Minuten. Das ist der drittniedrigste Wert seit 2009.⁴

Von den 2021 befragten bayerischen Unternehmen gaben jeweils rund 12 % an, in den vorhergehenden Monaten Stromausfällen von unter 3 sowie über 3 Minuten ausgesetzt gewesen zu sein. In der Industrie waren es rund 24 % bzw. 11 %. In der letzten Umfrage vor der Corona-Krise berichteten jeweils mehr Unternehmen von diesen Problemen.⁵ Während damals ein Fünftel der Industriebetriebe über durch Stromversorgungsunterbrechungen verursachte Produktionsbeeinträchtigungen klagte, sind es in der diesjährigen Umfrage lediglich rund 15 %.

Trotz der derzeit stabilen und im weltweiten Vergleich guten Lage in Deutschland und Bayern, steht die für die bayerischen Unternehmen zentrale Stromversorgung vor großen Herausforderungen. Der Atom- und Kohleausstieg, die durch die Klimaziele befeuerte Abkehr von fossilen Energieträgern in allen Wirtschaftssektoren und die Ambitionen im Bereich grüner Wasserstoff erzeugen Druck auf die Versorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen. Daher plädieren fast alle befragten Unternehmen u. a. für mehr politische Geschlossenheit und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren beim Stromnetzausbau (s. auch Kapitel 8).

Auch bei den Energierohstoffen wie Öl, Gas und Kohle sind die Pandemie-bedingten Preiseffekte bereits verpufft. Die Nachfrage zog in den vergangenen Monaten wieder an. Zusätzlich greift seit Anfang 2021 die neue nationale CO₂-Bepreisung auf Brennstoffe. Dies bekamen auch die Unternehmen in Bayern zu spüren. Abb. 3 zeigt, dass knapp drei Viertel der Befragten Energiepreissteigerungen in den vorhergehenden 12 Monaten beobachteten. Ebenfalls ein Rekordwert.

Abb. 3: Beobachtete Entwicklung der Energiepreise in den vorangegangenen 12 Monaten



⁴ Bundesnetzagentur 2020. Kennzahlen der Versorgungsunterbrechungen Strom. https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Versorgungsunterbrechungen/Auswertung_Strom/Versorgungsunterbrech_Strom_node.html

⁵ Pandemie-bedingte Betriebsschließungen können das diesjährige Ergebnis beeinflusst haben.

Trotz des hohen Preisdrucks sind die bayerischen Firmen immer öfter bereit, für zertifizierten deutschen oder regionalen Grünstrom mehr Geld in die Hand zu nehmen. Von den 2021 befragten Unternehmen würde mehr als die Hälfte einen Aufschlag für zertifizierten Grünstrom aus Deutschland bezahlen. Rund 46% würden bis zu 2% oder 5% mehr ausgeben, knapp 6% sogar bis zu 10% oder mehr. Im Jahr 2018 gaben noch zwei Drittel der Firmen an, keinerlei Preisaufschlag zahlen zu wollen. Lediglich rund 30% hätten bis zu 2 oder 5% mehr gezahlt.

Bei zertifiziertem regionalem Grünstrom zeigt sich ein noch deutlicheres Bild. Während 2018 noch rund 61% der Befragten keinen Euro mehr gezahlt hätten, machten 2021 nur noch 40% diese Angabe. Inzwischen wären rund 60% bereit, mehr für regionalen Grünstrom zu bezahlen, sofern er entsprechend zertifiziert ist. Über die Hälfte würde bis zu 2% oder bis zu 5% mehr investieren, rund 8% würden sogar Aufschläge von 10% oder mehr in Kauf nehmen.

Diese Entwicklung unterstreicht einmal mehr den Bedarf und das Potential eines Systems nationaler Herkunftsnachweise. In einem Umfeld wachsenden Bewusstseins für Klimaschutz und erwartungsgemäß steigender CO₂-Preise befassen sich immer mehr Unternehmen mit der eigenen CO₂-Bilanz (s. auch Kapitel 6) und den Möglichkeiten zur effizienten Stromversorgung aus nachweislich erneuerbaren Quellen.

3. Trotz Krise: Bayerns Betriebe bleiben bei Energie- und Klimawende am Ball

Nicht nur die Corona-Krise und steigende Preise hielten die bayerischen Unternehmen in den Monaten seit der letzten Umfrage zum Energiewende-Barometer in Schach. Auch auf dem energie- und klimapolitischen Parkett hat sich wieder viel getan:

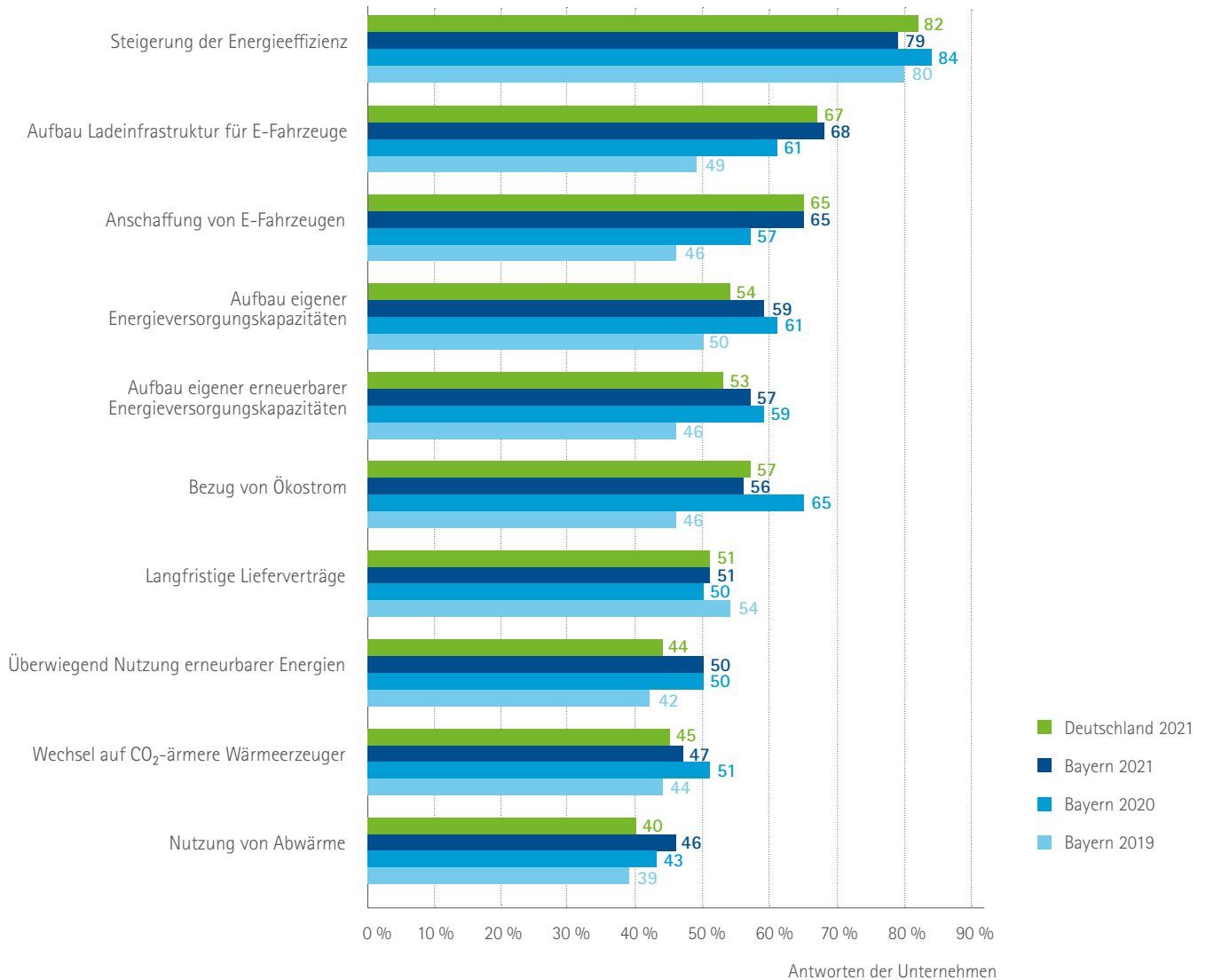
Die Maßnahmen zur Umsetzung des Europäischen Green Deal nehmen immer weiter Form an, die EU-Klimaziele wurden erhöht. Das neue nationale Brennstoffemissionshandelsgesetz trat zu Anfang des Jahres in Kraft. Bayern tat es der EU und dem Bund gleich und schraubte ebenfalls erneut an erst kürzlich festgelegten Klimaschutzzielen und -maßnahmen.

Abb. 4 zeigt deutlich: Trotz der zusätzlichen Kostenbelastungen und Unsicherheiten blieben die bayerischen Unternehmen in den letzten Monaten bei Klimaschutz und Energiewende am Ball.

Zwar steigerten die Befragten ihr Engagement nicht so konsequent und flächendeckend wie in den Monaten vor der letztjährigen Umfrage, dennoch sind sie bei den meisten der Energie- und Klimaschutzmaßnahmen weiter Vorreiter im Deutschlandvergleich. Zudem engagieren sich die Unternehmen bei vielen Maßnahmen im Vergleich zum Vorjahr noch stärker.

Zuverlässig stehen auch in diesem Jahr die Energieeffizienzmaßnahmen bei den bayerischen Unternehmen an erster Stelle. Im diesjährigen Barometer geben gut 79% der Befragten an, sich damit zu befassen oder entsprechende Maßnahmen bereits abgeschlossen zu haben – ein stabil hoher Umfragewert (2020: 84%; 2019: 80%; 2018: 74%; 2017: 84%). In der Industrie machen sogar rund 93% diese Angabe.

Abb. 4: Top 10 Maßnahmen zur Reaktion auf Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, die geplant, in Umsetzung oder schon realisiert sind



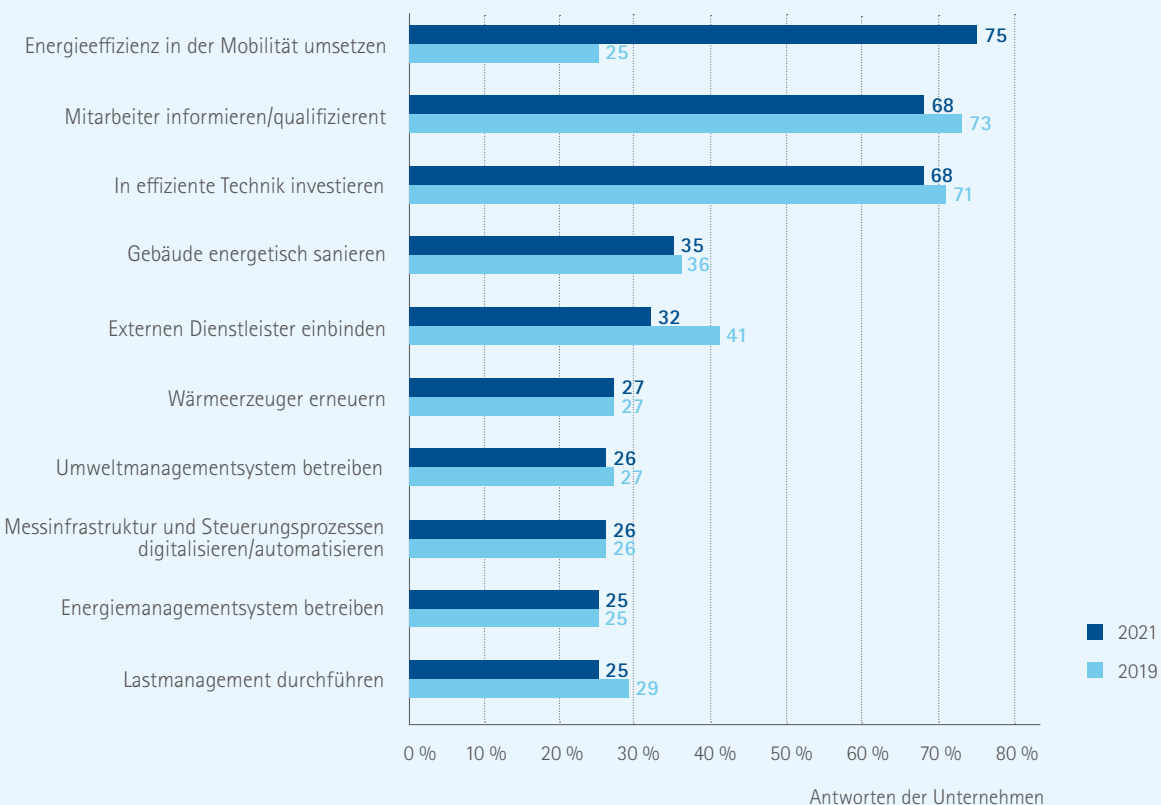
Exkurs: Erfolge und Grenzen der Energieeffizienz in der bayerischen Wirtschaft

Auf die Frage, welche Maßnahmen sie in ihrem Unternehmen konkret umsetzen, gaben drei Viertel der Unternehmen an, auf energieeffiziente Mobilität zu setzen. Wie aus Abb. 5 hervorgeht, gewann diese seit 2019 um ganze 50 %-Punkte an Beliebtheit (2020 wurde die Frage Corona-bedingt nicht gestellt) und steht damit erstmals auf Platz 1. Fördermaßnahmen und Begünstigungen wie im Rahmen der Dienstwagensteuer erzielten hier die politisch gewünschte Wirkung. Zudem lassen CO₂-Preis auf fossile Brennstoffe sowie neue Klimaziele und Grenzwerte im Verkehrssektor immer weiter steigende Preise für gängige Mobilitätsformen erwarten.

Gewohnt hoher Beliebtheit erfreuen sich Information und Qualifikation von Mitarbeitern sowie Investitionen in effiziente Technik – jeweils rund 68 % setzen diese Maßnahmen um. Bei jeweils rund einem Viertel der bayerischen Betriebe kommen Umwelt-, Energie- und Lastmanagementsysteme sowie Energieaudits und Maßnahmen zur Digitalisierung bzw. Automatisierung zur Anwendung.

Bei Energieeffizienzmaßnahmen sind die bayerischen Unternehmen schon stark aufgestellt. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die „Low-Hanging-Fruits“ oft bereits geerntet und immer weniger Potentiale für größere Energieeinsparungen vorhanden sind. Am meisten ausgeschöpft ist das Potential bei der Abwärme. 2021 geben mehr als drei Viertel der bayerischen Betriebe an, in den nächsten 5 Jahren kein oder bis maximal 2 % Einsparpotential zu sehen. Bei Strom machen gut 60 % diese Einschätzung. Mehr als die Hälfte der Unternehmen kann insgesamt keine oder maximal 2 % ihrer gesamten Endenergie in den kommenden 5 Jahren einsparen. Die Potentiale wurden in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgeschöpft. 2014 gaben nur rund 31 % an, ihren Energieverbrauch nicht mehr oder um max. 2 % optimieren zu können.

Abb. 5: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, die von min. 25 % der 2021 befragten Betriebe durchgeführt werden (Mehrfachnennungen möglich)



Die neuen Ziele, Grenzwerte und Preise im Bereich fossiler Brennstoffe spiegeln sich in den betrieblichen Aktivitäten für mehr Klimaschutz und Energiewende wieder. Nach der Energieeffizienzsteigerung stehen auf Platz 2 und 3 der betrieblichen Reaktionen auf Veränderungen in Energiewirtschaft und -politik in diesem Jahr Maßnahmen im Verkehrsbereich. Abb. 4 zeigt, dass jeweils rund zwei Drittel der Befragten, deutlich mehr als im Vorjahr, die Beschaffung von E-Ladeinfrastruktur sowie E-Fahrzeugen planen oder bereits entsprechende Anschaffungen getätigt haben. Mit Fahrzeugen anderer alternativer Antriebe sowie der Nutzung anderer umweltfreundlicher Verkehrsträger beschäftigen sich bereits rund 33 bzw. 39 %.

Im Bereich Strom ist für jeweils deutlich mehr als der Hälfte der bayerischen Firmen inzwischen der Aufbau eigener erneuerbarer Energieversorgungskapazitäten (57 %) sowie der Bezug von Ökostrom (56 %) relevant. Rund jedes zweite Unternehmen gibt an, überwiegend erneuerbare Energien zu nutzen oder dies zu planen. Ebenso viele setzen auf langfristige Lieferverträge. Angesichts des aktuellen und künftig erwarteten Preisanstiegs von fossil erzeugtem Strom sind diese Maßnahmen nachvollziehbar.

Im Wärmesektor rüsten die Betriebe ebenfalls klimaschonend um. Rund 47 % der Befragten gaben an, auf CO₂-ärmere Wärme-erzeuger umsteigen zu wollen oder dies bereits getan zu haben. Rund 46 % schließen Kreisläufe durch Abwärmenutzung oder haben dies vor. Damit sind die Unternehmen jeweils aktiver als vor der Krise (2019: 44 % bzw. 39 %) und liegen auch im Deutschlandvergleich vorne.

4. Neue nationale CO₂-Bepreisung: Ein erstes Fazit aus der Wirtschaft

Das neue nationale Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) trat trotz aller Skepsis und kontroverser Diskussionen in Wirtschaft und Politik zu Anfang des Jahres in Kraft. Es belegt fortan die Emissionen in den Bereichen Gebäude und Verkehr mit einem Preis. Die Verhandlungen zur genauen Ausgestaltung verliefen zäh. Insbesondere die für betroffene Unternehmen zentralen Kompensationsmechanismen für den Ausgleich wettbewerbsgefährdender Zusatzkosten durch das nationale Emissionshandelssystem (nEHS) waren strittig.

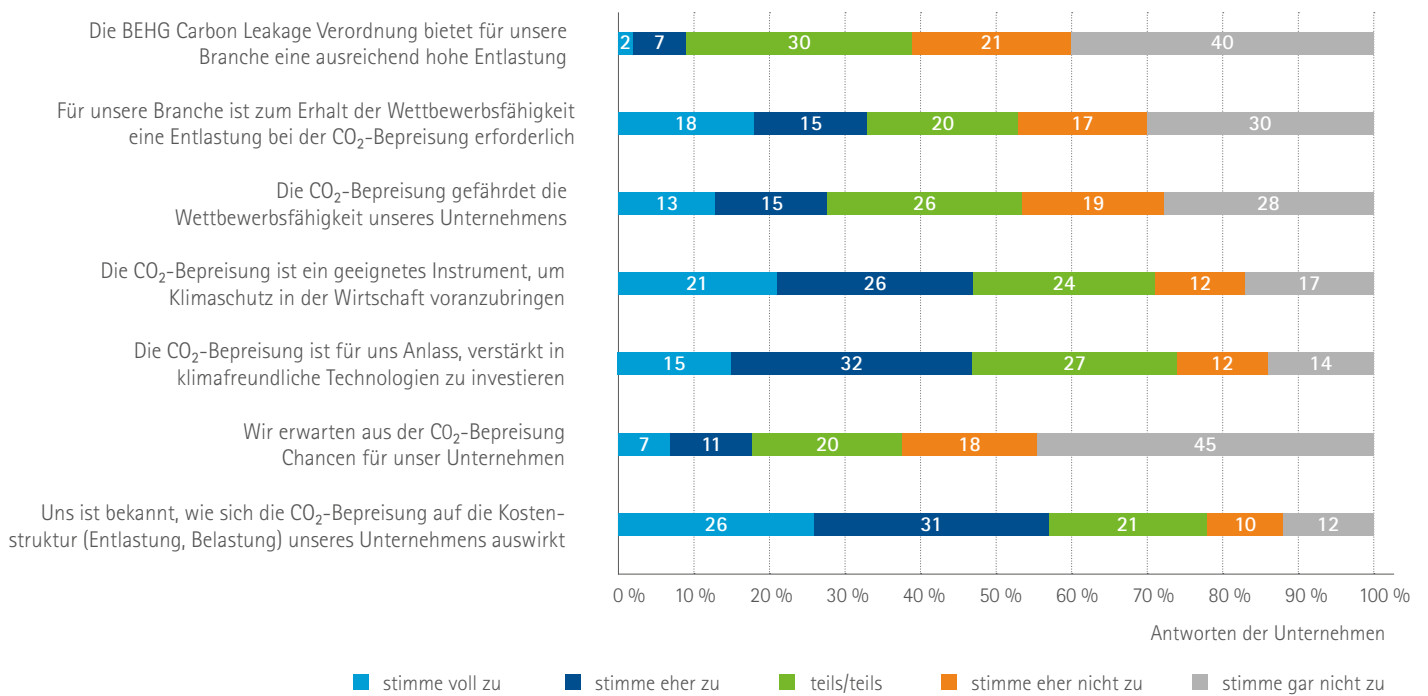
Aus Sicht verschiedener Branchen greifen die Möglichkeiten zur Kompensation zu kurz und gefährden somit deren Wettbewerbsfähigkeit im europäischen wie internationalen Kontext. Nachträglich soll es die Möglichkeit geben, auf Antrag durch Verbände oder Unternehmenszusammenschlüsse weitere Sektoren als Carbon-Leakage-gefährdet einstufen zu lassen. Die Vorbereitungen dieses Verfahrens dauern allerdings noch an (Stand September 2021).

Abb. 6 zeigt, wie die an der diesjährigen Umfrage beteiligten Betriebe in Bayern⁶ ein halbes Jahr nach Start des nEHS über das neue Instrument denken. Ein Drittel der befragten bayerischen Betriebe erachtet eine Entlastung beim neuen CO₂-Preis als notwendig für den Erhalt der eigenen Wettbewerbsfähigkeit (Antwort „stimme voll oder eher zu“). Das sind etwas mehr als im Vorjahr (rund 29 %). In der Industrie sind es sogar gut 43 %.

Gleichzeitig fühlt sich in der gesamten Unternehmerschaft sowie in der Industrie jeweils nur rund jedes zehnte Unternehmen (eher) ausreichend entlastet durch die Carbon Leakage Verordnung. Mehr als 60 % aller befragten bayerischen Betriebe befürchten, dass die dort festgelegten Kompensationsmechanismen (eher) nicht genug Entlastung bieten.

Knapp 40 % der Industriebetriebe in Bayern sorgen sich in diesem Zuge um ihre Wettbewerbsfähigkeit. Im Branchenvergleich der mit Abstand höchste Wert. In der Gesamtwirtschaft sind es knapp 28 % (Antwort jeweils „stimme voll oder eher zu“). Rund 46 % der befragten Unternehmen sehen (eher) keine Gefahr.

⁶ Das Stimmungsbild zum neuen CO₂-Preis in der gesamtdeutschen Auswertung deckt sich in hohem Maße mit den Einschätzungen der bayerischen Wirtschaft.

Abb. 6: Einschätzungen zur neuen nationalen CO₂-Bepreisung

Hinweis: Durch Rundung können die Prozentangaben in der Grafik vom Text abweichen und summieren die Balken nicht immer auf 100 %.

Dass sich aber durch das nEHS Chancen für die eigenen Geschäfte ergeben, dem stimmt mit gut 63 % die deutliche Mehrheit der befragten Unternehmen (eher) nicht zu. Ähnlich viele wie im Vorjahr. Lediglich gut 17 % spekulieren auf neue Geschäftsmöglichkeiten (Antwort „stimme voll oder eher zu“). Hier zeigt sich im Branchenvergleich besonders deutlich, wie unterschiedlich sich die Bepreisung auswirkt. Während sich rund ein Drittel der befragten Bauunternehmen (eher) Chancen ausrechnet, stimmen im Handel rund 79 % diesem Optimismus (eher) nicht zu.

Die Unternehmen sind sich uneinig, ob die nationale CO₂-Bepreisung ein geeignetes Instrument darstellt, um den Klimaschutz in der Wirtschaft voranzubringen. Rund 47 % bejahen dies, ebenso viele sehen sich potentiell durch das nEHS veranlasst, mehr klimafreundliche Investitionen zu tätigen (Antwort jeweils „stimme voll oder eher zu“). Ein ähnliches Ergebnis wie im Vorjahr. Rund 29 % der Befragten erachten das Instrument allerdings als (eher) ungeeignet, mehr Klimaschutz in der Wirtschaft herbeizuführen. Gut ein Viertel sieht darin (eher) keinen Anlass, verstärkt klimafreundlich zu investieren.

Die Einschätzungen zur CO₂-Bepreisung sind vor dem Hintergrund zu bewerten, dass in Bayern nach eigener Angabe nur rund 57 % der Befragten die Kostenwirkung des Instrumentes auf den eigenen Betrieb (eher) bekannt ist. Das sind zwar deutlich mehr als im Vorjahr (knapp 50 %). Dennoch ist sich jeweils gut ein Fünftel unsicher oder kennt die Kosteneffekte (eher) nicht. Dies mag den komplexen Regelungen, der zum Zeitpunkt der Umfrage noch nicht ausreichend erprobten Wirkweise sowie der sehr unterschiedlichen Branchenbetroffenheit geschuldet sein. Die Unsicherheiten bei den Firmen spiegeln sich in allen gestellten Fragen wieder (siehe jeweils Anteil der „teils teils“-Antworten).

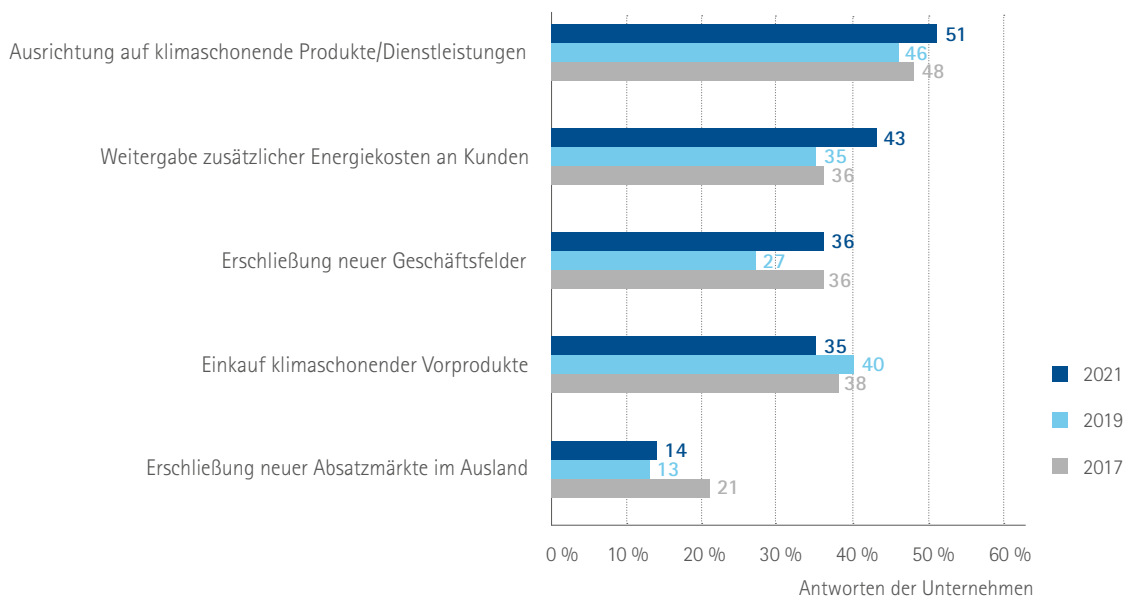
Im Vergleich der Unternehmensgrößen zeigt sich vor allem bei den sehr kleinen (0 bis 9 Mitarbeiter) sowie sehr großen (500 bis 999 und 1000 oder mehr Mitarbeiter) Unternehmen ein anderes Stimmungsbild als in der Gesamtwirtschaft. Die kleinsten Betriebe fürchten am wenigsten um ihre Wettbewerbsfähigkeit, rechnen sich aber auch mit Abstand die wenigsten neuen Geschäftschancen durch die CO₂-Bepreisung aus. Unternehmen ab 500 bis über 1000 Mitarbeiter schätzen das nEHS am geeignetsten für mehr Klimaschutz in der Wirtschaft ein und gehen am stärksten von einem Investitionsanreiz in klimaschonende Technologie aus.

5. Außenwirkung: Unternehmen geben Impulse der Energie- und Klimapolitik weiter

Einerseits können höhere Ambitionen in Deutschland die Vorreiterrolle der hiesigen Unternehmen stärken, ihre technologischen Lösungen für internationale Märkte interessant machen und Hebel für Klimaschutz weltweit sein. Gleichzeitig entstehen geschäftsgefährdende Wettbewerbsverzerrungen, wenn bspw. Preise für Energie oder CO₂-Emissionen vor Ort politisch initiiert viel höher als im Ausland liegen. Dies gilt v. a. für die energieintensiven Industrien.

Abb. 7 zeigt, wie die bayerischen Unternehmen die Impulse der nationalen Energie- und Klimapolitik an Kunden und Lieferanten im In- und Ausland weitergeben.⁷ Trotz der vergangenen Krisenmonate beschäftigt sich inzwischen mehr als die Hälfte damit, ihre Produkte und Dienstleistungen klimaschonend auszurichten. Ein Plus von gut 5 Prozentpunkten seit der letzten Umfrage vor der Pandemie. Die Weitergabe zusätzlicher Energiekosten hat seit 2019 deutlich an Beliebtheit gewonnen. Rund 43 % kompensieren Zusatzkosten durch Weitergabe an Kunden oder planen dies zu tun. Vor der Einführung des nationalen CO₂-Preises machten nur rund 35 % diese Angabe.

Abb. 7: Energiewendebedingte Maßnahmen mit Außenwirkung, die geplant, in Umsetzung oder schon realisiert sind



Mit der Erschließung neuer Geschäftsfelder und dem Einkauf klimaschonender Vorprodukte versuchen 2021 jeweils circa 35 % der Unternehmen, den Entwicklungen in Klima- und Energiepolitik gerecht zu werden. Ein kleiner Teil der Unternehmen (14 % stimmen voll oder eher zu) sieht in der Erschließung neuer Absatzmärkte im Ausland eine geeignete Maßnahme, um auf nationale Entwicklungen zu reagieren.

⁷ Pandemie-bedingt wurden diese Fragen 2020 nicht gestellt.

Die Verlagerung von Produktion ins Ausland bzw. deren Einschränkung im Inland sind Maßnahmen, die Unternehmen bei großem Wettbewerbsdruck in Erwägung ziehen. Wenn im Vergleich zu ausländischen Mitbewerbern bspw. wesentlich höhere Strompreise gezahlt und striktere Klimaauflagen eingehalten werden müssen, droht die Gefahr, dass sich die Produktion im Inland aufgrund zu hoher Kosten nicht mehr rechnet. In Konsequenz gehen nicht nur Arbeitsplätze und Knowhow am Wirtschaftsstandort verloren, sondern es werden durch mehr Produktion in Ländern mit geringen Umweltstandards auch Emissionen ins Ausland verlagert.

Abb. 8: Energiewendebedingte Maßnahmen der (Industrie-)Betriebe zu Kapazitätsverlagerungen ins Ausland bzw. Produktionseinschränkungen im Inland



Aus Abb. 8 geht hervor, wie sich die Verlagerungstendenzen über die letzten Jahre entwickelt haben. Nach einem Höchststand im Jahr 2013 haben sie sich auf einem recht stabilen Niveau eingependelt. Von den 2021 befragten bayerischen Unternehmen haben rund 8 % diese Maßnahme ergriffen oder sind gerade dabei. In der Industrie liegt der Wert, wie vor der Krise, bei rund einem Viertel der Betriebe (Deutschland: ein Fünftel). Die energieintensive bayerische Industrie hängt in ihren Standortentscheidungen vergleichsweise stark von energiepolitischen Rahmenbedingungen ab. Was sich die Betriebe zur Verbesserung wünschen, wird in Kapitel 8 deutlich.

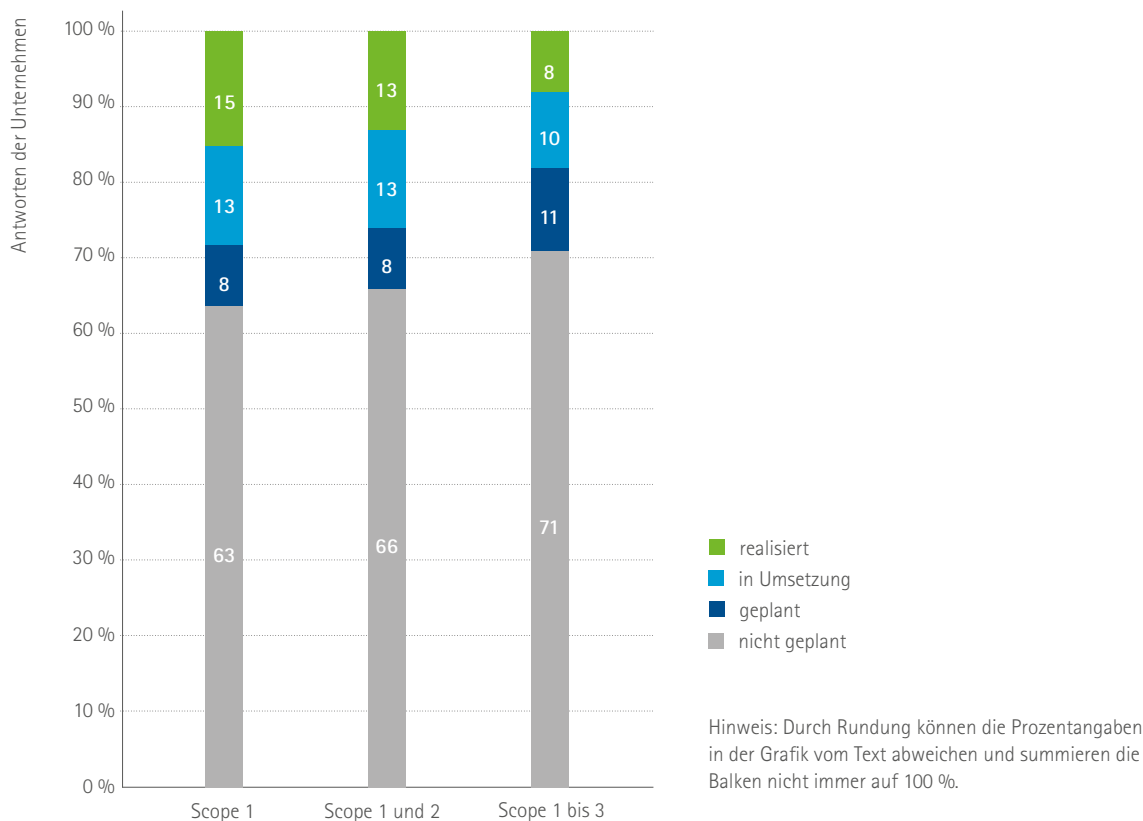
6. CO₂-Footprint: Immer mehr bayerische Unternehmen ziehen Bilanz

Um am Standort Bayern nachhaltig wirtschaften zu können, ihrer Verantwortung und den wachsenden Anforderungen nachzukommen, steigen immer mehr bayerische Unternehmen ins Klimamanagement ein und befassen sich mit der eigenen Treibhausgasbilanz. Diese dient gleichzeitig dazu, Potentiale für betriebliche Energie- und Klimaschutzmaßnahmen, z. B. im Fuhrpark, bei Strom- und Wärmeversorgung, zu identifizieren und Erfolge zu dokumentieren.

In der letztjährigen Umfrage hatten gut 50 % der Betriebe angegeben, an einem Footprinting zu arbeiten oder den eigenen Footprint bereits zu kennen. Grund genug, in diesem Jahr etwas detaillierter nachzufragen. Das Ergebnis: ein beachtlicher Anteil der 2021 befragten bayerischen Unternehmen hat bereits eine Treibhausgasbilanz erstellt. Dabei gehen sie unterschiedlich ambitioniert vor, wie Abb. 9 erkennen lässt.

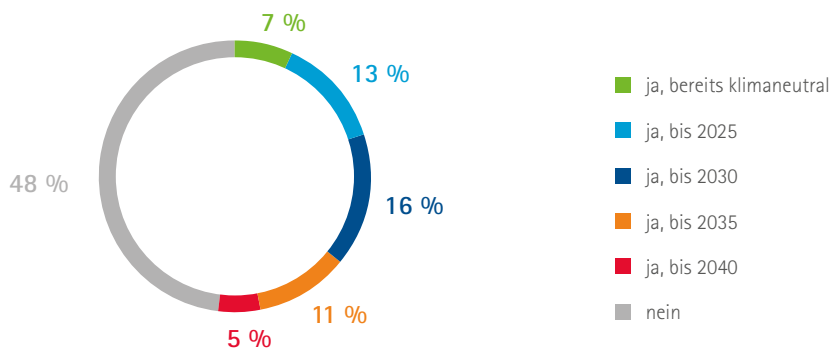
Treibhausgasbilanzen können unterschiedlich umfassend ausfallen. Bei den bayerischen Unternehmen erfreut sich Scope 1 der größten Beliebtheit. Dabei werden alle Emissionen, die direkt durch die eigene Geschäftstätigkeit entstehen erfasst – z. B. durch Einsatz von Brennstoffen bei der Herstellung eigener Produkte. Rund 36 % der 2021 befragten Unternehmen kennen diese aus ihren Prozessen resultierenden Treibhausgasemissionen bereits, arbeiten daran oder planen sie zu erfassen. Scope 2 umfasst den indirekten Ausstoß durch zugekaufte Energie, die für eigene Prozesse benötigt wird. Gut ein Drittel erfasst diesen zusätzlich oder hat es vor.

Abb. 9: Treibhausgasbilanzierung als Reaktion auf Veränderungen in Energiewirtschaft und -politik, nach den Ambitionsniveaus Scope 1, 2 und 3



Am herausforderndsten für die Unternehmen ist Scope 3. Hier werden ergänzend alle weiteren indirekten Emissionen betrachtet, die bspw. durch Mobilität und Verpflegung von Mitarbeitern, Dienstreisen, zugekaufte Waren und Dienstleistungen oder Nutzung, Entsorgung und Recycling der eigenen Produkte anfallen. Solche Informationen sind oft nicht oder nur sehr eingeschränkt verfügbar und in ihrer Beschaffung mit erheblichem Mehraufwand verbunden. 8 % der Befragten bilanzieren dennoch bereits auf dieser komplexen Ebene, ein weiteres Fünftel hat es vor.

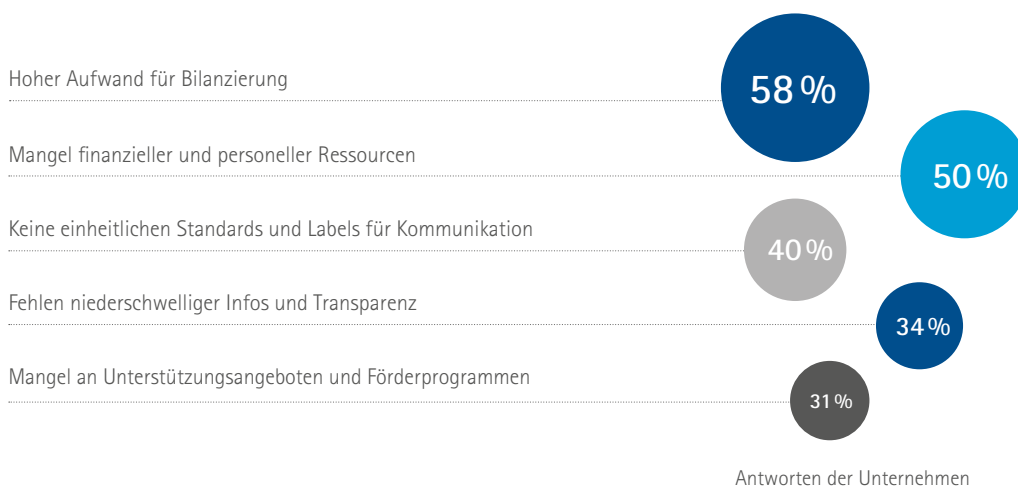
Abb. 10: Hat es sich Ihr Unternehmen zum Ziel gesetzt, klimaneutral zu werden?



Nicht nur die Klimabilanzierung, sondern auch das Thema Klimaneutralstellung beschäftigt die bayerische Wirtschaft. 45 % der befragten Betriebe gaben an, ein Klimaneutralitätsziel zu verfolgen. 7 % wirtschaften nach eigenen Angaben bereits klimaneutral.⁸ Rund 48 % der befragten Betriebe haben sich bislang keine eigenen Ziele in Sachen Klimaneutralität gesteckt.

Die betriebliche Treibhausgasbilanzierung und Klimaneutralstellung stellen viele Unternehmen vor Herausforderungen. Abb. 11 zeigt, die größte Hürde sehen die befragten bayerischen Unternehmen im hohen Zusatzaufwand, der mit der Erstellung einer umfassenden Bilanz einhergeht. Fast 60 % machen diese Angabe. Gut die Hälfte der Unternehmen zögert, weil schlicht die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen fehlen. Jeweils rund ein Drittel wünscht sich mehr Transparenz und einfach zugängliche Informationen sowie mehr Unterstützung bzw. Förderung bei Einstieg und Umsetzung. Die Ausweitung der Bundesförderung auf betriebliche Bilanzierungsvorhaben ist daher ein wichtiger Schritt, um die Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen. Die mangelnde Verfügbarkeit einheitlicher Bilanzierungsstandards und Labels macht es der Wirtschaft zusätzlich schwer, seriöses Footprinting zu betreiben und Bilanzierungsergebnisse und -erfolge transparent zu kommunizieren.

Abb. 11: Hürden, die bei betrieblicher Treibhausgasbilanzierung und Klimaneutralstellung auftreten



⁸ Der Begriff „Klimaneutralität“ ist nicht einheitlich definiert. Nicht abgefragt wurde, auf welchem Bilanzierungsniveau (Scope 1 – 3) das Ziel „Klimaneutralität“ basiert. Ebenso wenig, ob und in welchem Umfang zur Klimaneutralstellung Kompensationsmechanismen außerhalb des eigenen Unternehmens zum Einsatz kommen, um bislang nicht vermeidbaren Treibhausgasausstoß auszugleichen.

7. Wasserstoff: Träger der bayerischen Energiewende?

Experten sehen in Wasserstoff (H₂) mittlerweile eine zentrale Säule der Energie- und Klimawende, zumindest in einzelnen Wirtschaftsbereichen wie der energieintensiven Industrie oder dem Schwerlast- und Luftverkehr. Der Weg von ersten innovativen Ideen hin zu einem wettbewerblichen Wasserstoffmarkt, flächendeckender Verfügbarkeit und wirtschaftlich darstellbaren technischen Lösungen ist aber noch weit.

Die Politik möchte Entwicklung und Markthochlauf von H₂-Technologien beschleunigen. Bspw. soll grüner H₂ ab 2022 in weiten Teilen von der EEG-Umlage befreit sein. Außerdem wurden auf EU- sowie nationalstaatlicher Ebene in den vergangenen Monaten verschiedene Förderinitiativen und Pilotprojekte geschaffen, darunter auch einige in Bayern, um gemeinsam mit der Wirtschaft an Herstellungsverfahren und Anwendungstechnologien zu feilen.

Das letztjährige Energiewende-Barometer thematisierte erstmals die Nutzung von H₂ und offenbarte, dass bei jew. rund 88 % der Unternehmen in Bayern wie deutschlandweit zum Zeitpunkt der Umfrage 2020 noch keine Projekte mit H₂-Bezug in Planung oder umgesetzt waren. Um die Einschätzungen der Unternehmen zum Thema H₂ besser zu verstehen, hakte das diesjährige Barometer genauer nach:

Mehr als 80 % der 2021 befragten Unternehmen stimmen der Aussage voll oder eher zu, dass neben H₂, der aus erneuerbarem Strom erzeugt wird, auch CO₂-armer H₂ aus weiteren Herstellungsverfahren diskriminierungsfrei Marktzugang erhalten sollte. Des Weiteren stimmten neun von zehn Betrieben (eher) zu, dass der Zugang zu H₂ als Energieträger allen Branchen und Regionen offen stehen sollte. 37 % wären sogar bereit, für grün hergestellten H₂ bis zu 10 % mehr zu bezahlen. Nur rund 8 % würden noch tiefer in die Tasche greifen. Rund 55 % können sich nicht vorstellen, für grünen H₂ mehr auszugeben.

8. Energie- und Klimapolitik richtig gestalten: Empfehlungen der Wirtschaft

Hinter der Wirtschaft liegen turbulente Monate. Dass die bayerischen Unternehmen sich auch in Zeiten wirtschaftlicher Krise und politischer Umbrüche nicht von ihrem Zukunftskurs abbringen lassen und weiter engagiert an Energiewende und Klimaschutz arbeiten, haben die Ergebnisse des diesjährigen Barometers einmal mehr bewiesen.

Gleichzeitig wurde deutlich, wo die Unternehmen aktuell an ihre Grenzen stoßen und Potentiale noch nicht gehoben sind. An welchen Stellen kann die neue Regierung nach der Bundestagswahl konkret unterstützen, um die Strom-, Wärme- und Verkehrswende in der Wirtschaft voranzubringen und die Erreichung der Energie- und Klimaschutzziele zu forcieren?

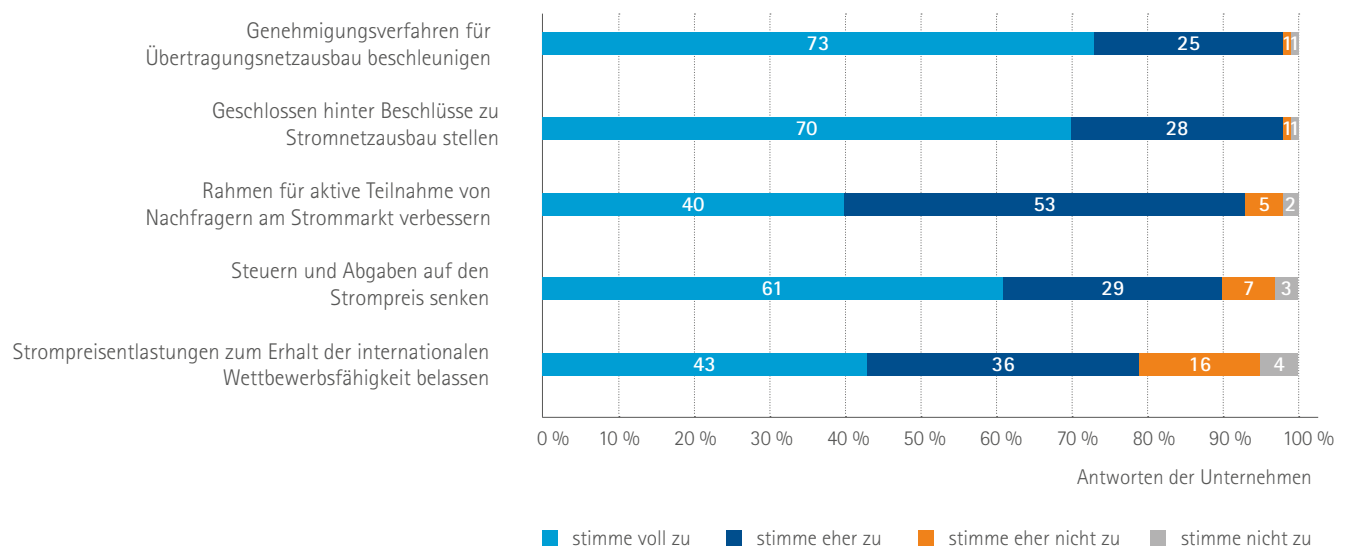
8.1 Strom: Netze ausbauen, Teilnahme am Markt fördern, Preise entlasten

Wie auch schon in den vorigen Jahren sehen die Unternehmen im Bereich des Stromnetzausbaus die größten energiepolitischen Baustellen. Fast alle der 2021 befragten bayerischen Unternehmen wünschen sich schnellere Genehmigungsverfahren beim Ausbau der Übertragungsnetze und allgemein ein stärkeres Einstehen der Politik für Beschlüsse zum Stromnetzausbau.

Ebenso deutlich kritisieren die Betriebe die Politik im Bereich des nachfrageseitigen Strommarktes. Gut 93 % finden, dass es Verbesserungsbedarf bei den Rahmenbedingungen für die aktive Teilnahme von Nachfragern am Strommarkt gibt – zum Beispiel in den Bereichen der Lastverschiebung, der Eigenerzeugung oder dem Einsatz von Stromspeichern.

Wie in Kapitel 2 deutlich wurde, ist die hiesige Wirtschaft nach wie vor einem großen und tendenziell wachsenden Druck beim Strompreis ausgesetzt. Dies spiegelt sich auch in den Empfehlungen an die Politik wieder. Rund 90 % der bayerischen Unternehmen sprechen sich für eine Senkung der Steuern und Abgaben auf Strom aus. Lediglich jedes zehnte Unternehmen sieht hier (eher) keinen Handlungsbedarf. Für die Beibehaltung der bestehenden Strompreisentlastungen zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zum Schutz vor Carbon-Leakage plädieren rund 79 % der bayerischen Unternehmen. In der Industrie sind sogar rund 85 % dieser Auffassung. Für lediglich ein Fünftel aller befragten Betriebe ist dies (eher) nicht relevant. Abb. 12 zeigt das Meinungsbild der Unternehmen hinsichtlich der Politik im Strombereich auf.

Abb. 12: Strom – Empfehlungen an die Politik (Mehrfachnennungen möglich)



Hinweis: Durch Rundung können die Prozentangaben in der Grafik vom Text abweichen und summieren die Balken nicht immer auf 100 %.

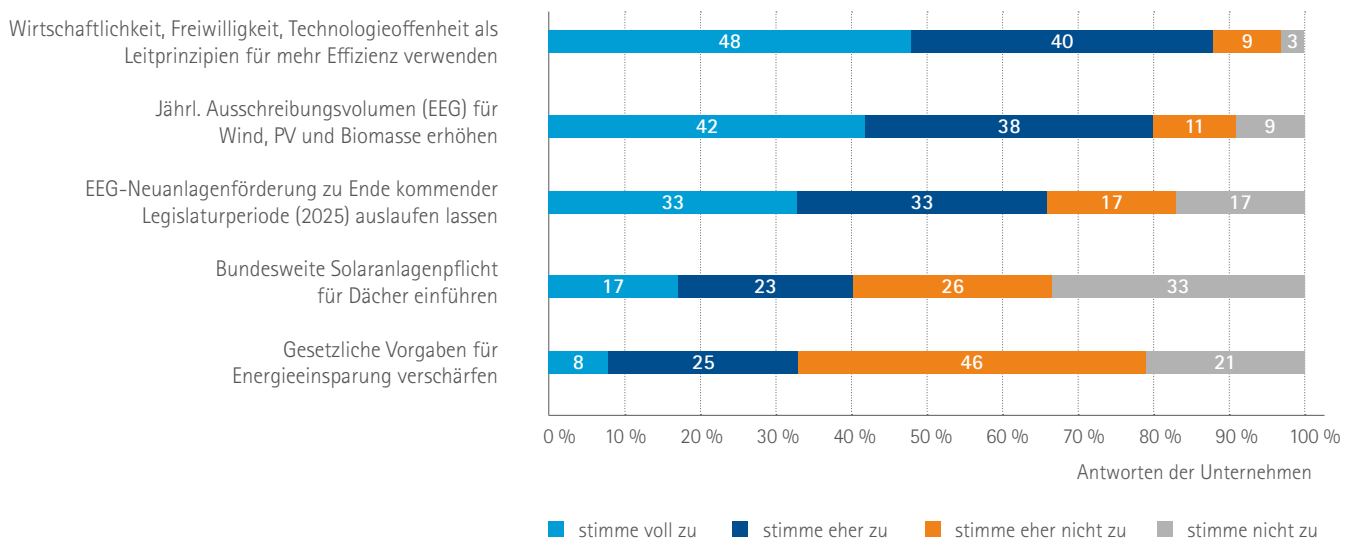
8.2 Erneuerbare Energien und Energieeffizienz: Auf Wirtschaftlichkeit und Freiwilligkeit setzen, ineffiziente Fördermechanismen abschaffen

Aus Abb. 13 werden die Einschätzungen der bayerischen Betriebe zu den politischen Ansätzen in den Bereichen Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien deutlich.

Für die Stärkung von Energieeffizienz sollten aus Sicht der überwiegenden Mehrheit der Unternehmen (rund 88 %) Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit als Leitprinzipien gelten. Zwei Drittel sprechen sich gegen strengere gesetzliche Vorgaben in der Energieeinsparung aus. Auch eine verpflichtende Installation von Solaranlagen auf Dächern kommt nicht besonders gut an – 60 % der bayerischen Betriebe unterstützen dies (eher) nicht. Uneingeschränkt dafür sprechen sich lediglich 17 % aus.

Beim Thema EEG wünschen sich vier von fünf Befragten größere Ausschreibungsvolumina. Die Unternehmen sind sich des enormen Aufholbedarfs beim Erneuerbaren-Ausbau, auch angesichts des künftig enormen Strombedarfs durch den Umstieg auf klimaschonende Technologien, mehr als bewusst. Gleichzeitig plädieren zwei Drittel dafür, die EEG-Förderung für Neuanlagen ab 2025 auslaufen zu lassen. Die Wirtschaft vertraut beim Ausbau der Erneuerbaren also zunehmend auf Markt und Wettbewerb, wenn auch ein Viertel der befragten Unternehmen einem Ende der EEG-Förderung noch (eher) skeptisch gegenüber steht. Regulatorische Hürden, bspw. bei Genehmigungsverfahren oder Meldepflichten, scheinen das Vertrauen in einen rein wettbewerbsgetriebenen Ausbau der Erneuerbaren noch zu bremsen.

Abb. 13: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz – Empfehlungen an die Politik (Mehrfachnennungen möglich)



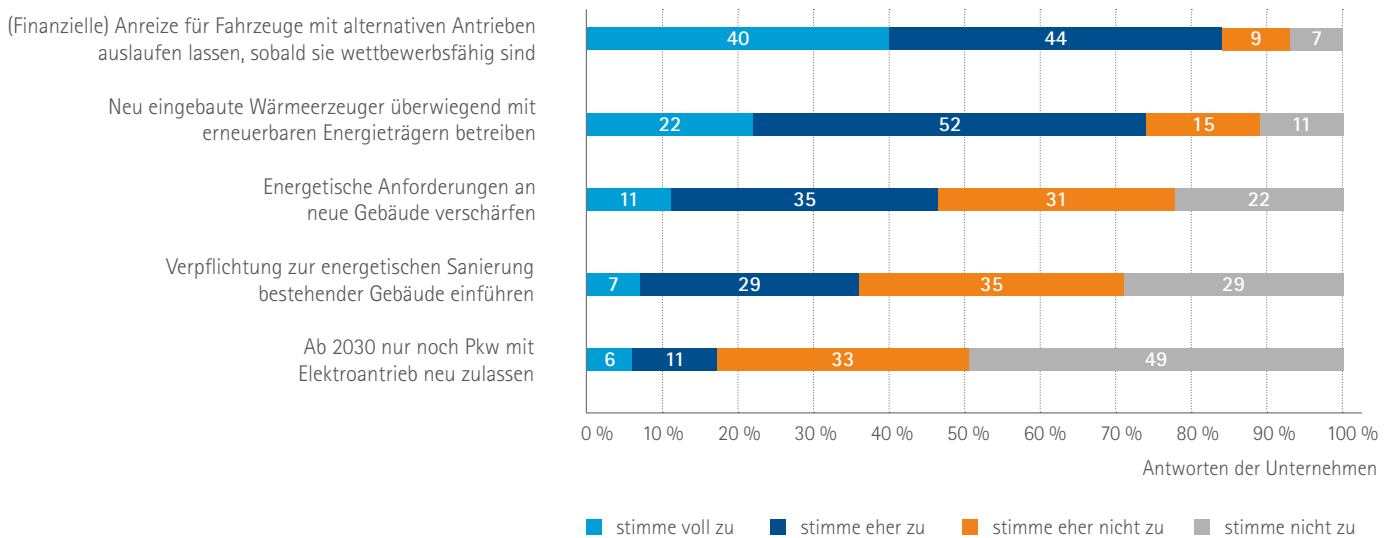
Hinweis: Durch Rundung können die Prozentangaben in der Grafik vom Text abweichen und summieren die Balken nicht immer auf 100 %.

8.3 Wärme und Verkehr: Auf Marktmechanismen setzen, Verpflichtungen vermeiden

Das Vertrauen in den Markt zeichnet sich auch beim Thema Verkehrs- und Wärmewende ab. Während rund 84 % der 2021 befragten Unternehmen es (eher) befürworten, finanzielle und sonstige Anreize für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben auslaufen zu lassen, sobald die jeweilige Technologie wettbewerbsfähig ist, sprechen sich fast ebenso viele gegen Technologieverbote aus: gut 82 % sehen es (eher) nicht als den richtigen Weg an, ab 2030 ausschließlich und per Vorgabe auf Elektromobilität zu setzen.

Auch im Wärmebereich kommt Ordnungsrecht nicht gut an: Von allen befragten bayerischen Unternehmen können sich nur 7 % uneingeschränkt vorstellen, dass eine Verpflichtung zur energetischen Sanierung bestehender Gebäude die Wärmewende voranbringt. Rund 64 % lehnen eine solche Vorgabe (eher) ab. Nur etwas mehr als jedes Zehnte Unternehmen steht voll hinter einer Verschärfung der energetischen Anforderungen für Neubauten. Mehr als die Hälfte sieht dies (eher) skeptisch. Circa drei Viertel an der Umfrage beteiligten Firmen sehen es als Plus für die Energiewende im Wärmebereich, wenn bei neu installierten Wärmegeräten überwiegend erneuerbare Energieträger zur Anwendung kämen.

Abb. 14: Wärme- und Verkehrswende – Empfehlungen an die Politik (Mehrfachnennungen möglich)



Hinweis: Durch Rundung können die Prozentangaben in der Grafik vom Text abweichen und summieren die Balken nicht immer auf 100 %.

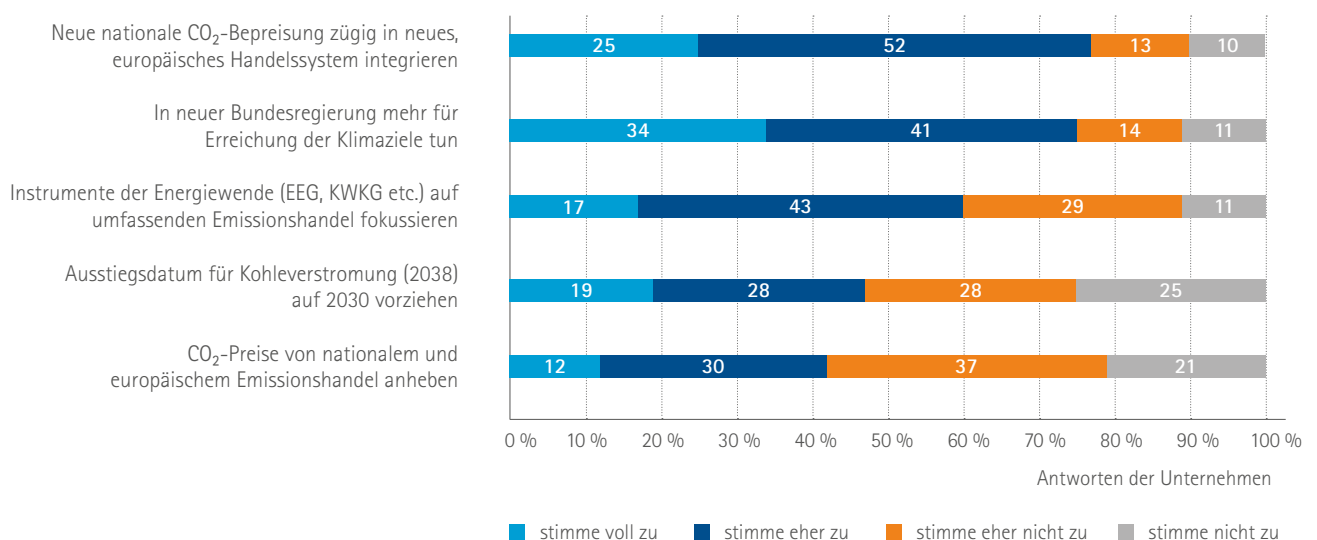
8.4 Klimaschutz und Emissionshandel: Auf CO₂-Bepreisung setzen, Emissionshandel ausweiten und internationalisieren

Angesichts des im Januar 2021 gestarteten nationalen Emissionshandels in den Sektoren Wärme und Verkehr plädieren mehr als drei Viertel der befragten Unternehmen in Bayern für eine baldige Überführung in ein einheitliches europäisches Handelssystem. Im europäischen Binnenmarkt bestehen weitaus geringere Barrieren für Handel und Geschäftsbeziehungen als mit Drittländern. Die Effekte wettbewerbsverzerrender Eingriffe in den Markt, wie im Falle einseitig national angesetzter CO₂-Preise auf fossile Brennstoffe in einzelnen Sektoren, kommen dadurch stärker zum Tragen.

Grundsätzlich sieht die bayerische Wirtschaft die Politik stärker in der Pflicht, die Umsetzung der Klimaziele im Blick zu halten. Drei Viertel der Betriebe wünschen sich von der neuen Regierung in dieser Hinsicht mehr Einsatz. Dies ist allerdings nicht mit überbordenden regulatorischen Eingriffen zu verwechseln. Denn auch in der Klimapolitik wünschen sich die Unternehmen einen marktbasieren Ansatz:

Sie sprechen sich mit rund 60 % für einen umfassenden Emissionshandel als Basis im Klimaschutz aus. Nur gut jedes zehnte Unternehmen lehnt dies strikt ab. Bisherige Einzelinstrumente, wie EEG, KWKG oder Ökosteuern, stufen sie im Vergleich als weniger effizient ein. Von einem vorgezogenen, politisch initiierten Kohleausstieg rät mit 53 % die knappe Mehrheit der Betriebe ab. Auch im Kontext des Emissionshandels halten die Unternehmen von zu vielen Eingriffen in den Markt wenig. Einer Erhöhung der CO₂-Preise im nationalen wie europäischen System steht die Mehrzahl der Betriebe kritisch gegenüber (Antwort „stimme (eher) nicht zu“).

Abb. 15: Klimaschutz und Emissionshandel – Empfehlungen an die Politik (Mehrfachnennungen möglich)



Hinweis: Durch Rundung können die Prozentangaben in der Grafik vom Text abweichen und summieren die Balken nicht immer auf 100 %.



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

Impressum

Verleger und Herausgeber:

Bayerischer Industrie- und Handelskammertag (BIHK) e. V.
Vorstand: Prof. Klaus Josef Lutz und Dr. Manfred Göbl
Max-Joseph-Straße 2, 80333 München

☎ +49 (0)89 5116-0

@ info@bihk.de

🌐 bihk.de

Fachliche Ansprechpartner:

Dr. Norbert Ammann ☎ 089 5116-1392 @ norbert.ammann@muenchen.ihk.de

Julia Goebel ☎ 089 5116-1797 @ goebelj@muenchen.ihk.de

Projektverantwortung und Bearbeitung:

Julia Goebel, IHK für München und Oberbayern

Gestaltung:

Ideenmühle GmbH, Eckental

Bildnachweis:

Titel: Composing Ideenmühle aus AdobeStock © flyalone & © maeching

Stand: Oktober 2021

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise –
ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.